

WACHSTUM AUF TEUFERL KOMM RAUS?

DIE ALPEN AUF DER SUCHE NACH DEM WEG ZUM GLÜCK.

Zwölf Thesen und Forderungen von der CIPRA-Jahresfachtagung in Gamprin/FL im Oktober 2009

1. Neue Ideen für Zufriedenheit, Auskommen und Glück

Das einfache Rezept, Wohlstand und Lebensqualität durch wirtschaftliches Wachstum realisieren zu wollen, stösst zunehmend an Grenzen. Klima- und Umweltprobleme sowie Peak Oil sind prominente Beispiele dafür. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht die Dringlichkeit für neues Denken und Handeln und öffnet gleichzeitig neue Handlungsfenster, die genutzt werden müssen. Die Verstärkung bestehender Muster hat keine Zukunft, weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Perspektive.

Um dem Wachstumszwang zu entkommen, braucht es neue Ideen für Zufriedenheit, materiellen Wohlstand und Lebensqualität. Dies gilt im Besonderen für die Alpen.

2. Die Alpen als Nutzniesser und Opfer des Wachstums

Einige Gemeinden und Regionen in den Alpen haben vom herkömmlichen Wachstum profitiert. Aber es gibt auch Schattenseiten:

- Allzu oft werden die unmittelbaren wirtschaftlichen Erträge einer Wachstumsstrategie überschätzt und die Kosten (z.B. für die Infrastrukturen) systematisch unterschätzt.
- Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Alpenraum haben während der zurückliegenden Wachstumsphase zugenommen.
- Die Alpen als sensible Ökosysteme werden vom Klimawandel, der Verstädterung und der Umweltverschmutzung besonders betroffen, mit schwerwiegenden Folgen für ihre Wirtschaft, ihr gesellschaftliches und kulturelles Leben.

Kleine Korrekturen und die Modifikationen am bisherigen Wachstumsmodell genügen nicht. Es müssen tiefgreifende Umorientierungen stattfinden.

3. Gegen den Wachstumszwang

Der wirtschaftliche Wachstumszwang ist der Kern der Lissabon-Strategie der EU und nach wie vor die Grundlage der Regionalpolitik in den Alpen. Eine solche Wirtschafts- und Regionalpolitik, die auf dem steigenden Verbrauch von natürlichen Ressourcen basiert und die weitere Zerstörung der Landschaft in Kauf nimmt, ist kein Beitrag zur Lösung der Zukunftsfrage, sondern ist ein Problem an sich.

Gefordert wird eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, wobei ökologische Steuerreformen und eine neue Klimapolitik zentrale Elemente darstellen.

4. In Richtung einer solidarischen Regionalwirtschaft

Förderung der regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Bevorzugen der Qualität der Nachhaltigkeit. In einer regionalen Wirtschaft werden die Wege kurz gehalten und die Produktion bedarfsgerecht und nachfrageorientiert gestaltet.

Die Wiederentdeckung des Regionalen kann engere Kontakte, Freund- und Nachbarschaften stärken und damit materiellen Konsum zurückdrängen zugunsten mitmenschlicher Beziehungen.

Zur Aufrechterhaltung einer solchen regionalen Wirtschaft, ist es ebenso wichtig, die öffentliche Grundversorgung (Schule, Post, ärztliche Versorgung ...) sicher zu stellen.

Eine neue Wirtschafts- und Regionalpolitik der EU und der Alpenstaaten sollte die Förderung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und nichtmonetären Wirtschaftsformen ins Zentrum stellen.

5. Aktive Raumordnungspolitik statt Raumverwaltung

Die Raumentwicklung ist in vielen Regionen der Alpen durch starke Zersiedlung und wenig effiziente, unökologische Nutzungen gekennzeichnet. Die Raumplanung beschränkt sich heute – wenn überhaupt – auf die Koordination und Verwaltung von dauernd wachsenden Raumansprüchen unterschiedlicher Interessengruppen. Gefordert ist demgegenüber eine eingreifende Raumordnungspolitik, welche für einen haushalterischen Umgang mit den immer knapper werdenden Lebens- und Wirtschaftsräumen in den Alpen sorgt. Dazu gehören die konsequente Verdichtung der Siedlungsstrukturen, die klare Trennung von Bau- und Nicht-Baugebieten und der Stopp bei Neuerschliessungen durch den Tourismus in der offenen Landschaft.

Im Rahmen der alpinen Raumordnungspolitik sind für schrumpfende Regionen positiv besetzte Visionen zu entwickeln, welche Wohlfahrt und Glück statt Wachstum ins Zentrum stellen. Der Abbau von Überkapazitäten und der Rückbau von Infrastrukturen dürfen kein Tabu mehr sein.

6. Trendumkehr beim Natur- und Landschaftsverbrauch

Obwohl Natur und Landschaft die knappste Ressource und das wichtigste Kapital der Alpenregionen darstellen, werden sie mit der Nutzung durch Tourismus, Verkehr, Siedlungen, Landwirtschaft und Industrie immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Biodiversität nimmt stark ab. Für dieses Problem bedarf es einer konsequenten Sensibilisierung der Bevölkerung.

Dabei sind die Alpenstaaten und Gebietskörperschaften gefordert, den Natur- und Landschaftsschutz deutlich zu stärken. Darauf aufbauend und unter Einbezug der Bevölkerung müssen grossflächige Schutzgebiete aufgebaut, gepflegt und miteinander vernetzt werden.

7. Schrumpfen statt Wachstum beim fossilen Energieverbrauch

Trotz der Nutzung von Wasserkraft und den grossen Potenzialen bei den neuen erneuerbaren Energien Holz, Sonne, Wind und Geothermie fussen Wirtschaft und Gesellschaft in den Alpen weiterhin auf dem wachsenden Verbrauch von fossilen Brennstoffen und elektrischer Energie. Statt zu wachsen, muss unser Energieverbrauch aber zukünftig schrumpfen und sich an der Vision der «2000-Watt-Gesellschaft» orientieren. Die Neuorientierung in der Energiepolitik hat anzusetzen bei der Energieeffizienz (z.B. systematische Anwendung des Passivhaus-Standards für Neubauten und bei Sanierungen) und bei der Förderung erneuerbarer Energien.

Die Neuorientierung der Energiepolitik in der EU und in den Alpenländern hat unter weitestgehender Wahrung der sensiblen Landschaften und Ökosysteme der Alpen zu geschehen. Neu- und Umbauten müssen strengsten Standards genügen. Atomkraftwerke sind keine Zukunftsoption.

8. Förderung von Formen intelligenter Mobilität

Der inneralpine Verkehr, der Tourismusverkehr und der Transitverkehr nehmen in den Alpen weiterhin stark zu mit negativen Auswirkungen auf Lebensqualität und Klima. Für die dringend notwendige Trendumkehr müssen die Transportkosten, besonders die des Strassenverkehrs, alle damit zusammen hängenden Kosten beinhalten. Die neuen Formen der sanften Mobilität müssen erprobt und immer grossflächiger umgesetzt werden.

Die EU und die Alpenstaaten müssen in ihrer Verkehrspolitik dem öffentlichen Verkehr Priorität einräumen. Der Transitverkehr ist weitgehend über die Schiene abzuwickeln. Der Freizeit- und Tourismusverkehr muss auf Bahn und Bus verlagert werden.

9. Landwirtschaftliche Qualitätsprodukte, Pflege der Kulturlandschaft und Biodiversität

Die Landwirtschaft und die Bergland- bzw. die Weidewirtschaft besitzen für die Zukunft der Alpen weiterhin eine wichtige Funktion, einerseits über die Herstellung von hochwertigen regionalen Qualitätsprodukten, andererseits mit der Pflege und Aufwertung der alpinen Landschaft.

Die EU die Alpenstaaten und die Regionen müssen die Förderung einer ausgewogenen und ökologischen Nutzung ins Zentrum ihrer künftigen Landwirtschaftspolitik stellen. Damit stärken sie nicht nur die regionalen Wertschöpfungsketten, sondern leisten auch einen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität in den Berggebieten.

10. Qualität statt Quantität im Tourismus

Der weiterhin wachstumsorientierte Alpentourismus basiert auf einer nicht nachhaltigen Nutzung der Ressourcen. Im Zentrum stehen der motorisierte Individualverkehr, die

Energieverschwendung in den Tourismusunterkünften und ein unhaltbarer Umgang mit der Landschaft. In den meisten Fällen geht Quantität weiterhin vor Qualität. Die Umorientierung hin zur Nachhaltigkeit darf nicht bloss einen Marketingslogan darstellen, und ist heute die vordringlichste Aufgabe dieser grössten Branche vieler Alpenregionen.

Die EU und die Alpenstaaten müssen Nachhaltigkeitskriterien in die touristischen Förderpolitiken integrieren und mit ökologischen Lenkungsabgaben die umwelt-, natur- und landschaftsverträglichen touristischen Formen konsequent begünstigen.

11. Aktive «Alpenausserpolitik»

Zufriedenheit, Auskommen und Glück im Alpenraum hängen auch von Eigeninitiative ab. Dieses muss aber unterstützt werden durch zukunftsorientierte Rahmenbedingungen und Politiken auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene. Engagement für den Alpenraum heisst daher, sich – im Sinne einer «Alpenausserpolitik» – auf allen diesen Ebenen aktiv für neue Weichenstellungen in zentralen Politikfeldern einzusetzen, in den Bereichen Geld- und Finanzmärkte, globaler Handel, Energie und Klima, Verkehr, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte.

Die Alpenstaaten müssen, ihre entwicklungspolitischen Anstrengungen verstärken und Partnerschaften zwischen den Alpen und anderen Bergregionen der Welt zu initiieren und zu fördern.

12. Alpenkonvention als Beitrag zur „Global Governance“

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den Alpen haben die Alpenländer und die EU vor bald 20 Jahren die Alpenkonvention ins Leben gerufen. Bis heute konnte damit aber nicht verhindert werden, dass die Zerstörung der Naturressourcen in den Alpen weiterhin zunimmt. Es liegt an den Alpenstaaten und der EU dafür zu sorgen, dass die Alpenkonvention ihr Potenzial entfalten kann.

Die EU und die Alpenstaaten müssen die Alpenkonvention endlich als ein Werkzeug für die ökologische und nachhaltige Entwicklung im Alpenraum nutzen und dazu griffige Aktionspläne umsetzen.

CIPRA Jahresfachtagung 2009

Gamprin (Liechtenstein), 19. September 2009, Version vom 27. Februar 2010

CIPRA Frankreich Februar 2010